

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Auslieferung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., ansehl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen.

Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte keine Gewähr übernommen. Radbrudr mit Quellenangabe: „Saale-Ztg.“ gefordert.

Verantwortlicher Redakteur Hr. 1140; bei Geschäftsstelle Hr. 1133 a. Druckerei-Verwaltung: Ulrichstraße 63, I; Telefon Nr. 590 u. 591.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweimonatlicher Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I. sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Seite 75 Pfg.

Erwidert wöchentlich postfrei; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Druck-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Ulrichstraße 17; Betriebs-Geschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 146.

Halle a. S., Donnerstag, den 26. März

1908.

Bezugs-Einladung.

Der Frühling naht,

aber er wird diesmal nicht — wie sonst meist — das Interesse am politischen Leben abschwächen. Im Gegenteil! Denn wichtige Verhandlungen, weittragende Beschlüsse stehen im nächsten Vierteljahr bevor. Erfolgen doch in diesem Quartal die

Neuwahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus

und diese Wahlen, die für Anfang Juni zu erwarten sind, werden für die nächsten Monate im Vordergrund des politischen Interesses in ganz Deutschland stehen. Ist doch die Frage einer Reform des Dreiklassenwahlrechts in Preußen nicht nur eine Angelegenheit, die diesen Bundesstaat betrifft, sondern eine solche, die die Bevölkerung des gesamten Deutschen Reiches angeht. Neben der Wahlrechtsreform sind es dann noch allgemeine Kulturfragen, besonders solche der Schulpolitik, die für die Wahlen von großer Bedeutung sind. Außerdem kann es nicht ausbleiben, daß die auf den Herbst verlegte Reform der Beamtgehälter auch während der Wahlagitatio lebhaft erörtert werden wird.

Ueber diese und alle übrigen Ereignisse im parlamentarischen und politischen Leben wird die

Saale-Zeitung

in gewohnter rascher, ausführlicher und zuverlässiger Weise berichtet.

Freimütige, doch vornehme Stellungnahme zu allen politischen Vorgängen des In- und Auslandes werden der „Saale-Zeitung“ wie bisher ihre herausragende Stellung unter den politischen Zeitungen Deutschlands bewahren. Ein ausgedehnter Redaktionsapparat und ein sehr umfangreicher Nachdruckendienst leisten für vollständige, zuverlässige und schnelle Bearbeitung aller Ereignisse in Stadt und Provinz Gewähr.

Ein ungewöhnlich stattlicher, stets sich erweiternder

Handelsteil

vermag alle Ansprüche zu befriedigen. Reichhaltigkeit und Schnelligkeit zeichnen in höchstem Masse ihn aus. So liegt der Kursbericht der Berliner Börse in der Saale-Zeitung früher vor, als in den Blättern der Reichshauptstadt selbst. Das gleiche ist der Fall in bezug auf die wichtigsten Leipziger Kursnotierungen, die nirgends so frühzeitig im Druck erscheinen, als in der Saale-Zeitung.

Kunst, Wissenschaft und Literatur

fanden von jeher eine liebevolle Pflegestätte in der „Saale-Zeitung“ und ebenso ist es bekannt, daß der Familienlektüre intensive Sorgfalt gewidmet wird. Eine ganz besonders angenehme Lektüre hoffen wir nach Abschluß der jetzt erscheinenden spannenden Erzählung „Auf der Themo“ unseren Lesern mit der Veröffentlichung des Romans

„Frauenlose“

zu bieten. Es ist dies ein prachtvoller Roman der phantasiebegabten Dichterin Hedda von Schmid, der namentlich den Beifall unserer Frauenwelt in uneingeschränktem Grade finden wird. Der übrige Inhalt der täglichen Unterhaltungsbeilage

„Blätter fürs Haus“

wird ebenso wie der der Sonntagsbeilage: „Blätter fürs Haus“ eine fülle unterhaltenden und belehrenden, immer aber interessanteren Materials bringen.

Wir bitten, die Erneuerung des Abonnements resp. Neubestellungen auf die „Saale-Zeitung“ sobald bei der nächsten Postanstalt oder bei den Briefträgern sowie in unserer Expedition sofort bewirken zu wollen. Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die noch im März erscheinenden Nummern kostenlos geliefert.

Der vierteljährliche Abonnementspreis für die „Saale-Zeitung“ mit Einschluß sämtlicher Beilagen beträgt bei allen Kaiserlichen Postanstalten 3,25 Mfr., bei unseren Geschäftsstellen in Halle und auswärtigen Filialen aber nur 2,50 Mfr. bei täglich zweimaliger Zustellung.

Halle a. S., März 1908.

Verlag der Saale-Zeitung.

Fenilleton.

Goethe als Jagensfigur.

(Nachdruck verboten.)

Wilhelm Bode erzählt in dem demnächst erscheinenden Heft der von ihm herausgegebenen „Stunden mit Goethe“ (Berlin, E. S. Mittler und Sohn) von einigen Ueberlieferungen, die sich in Weimar unter dem Hofe von Goethe erhalten haben; Tatsachen, Sagen und eigene Einzugsichtungen haben sich da wunderbar zusammengesetzt und aus Goethe schon vor zwei Menschenaltern eine Jagensfigur gemacht. Was Bode berichtet, geht auf die Erzählungen der vor drei Jahren gestorbenen Frau Bogiritter zurück, die in jüngeren Jahren die Metzlerin in der Bäderei gewesen war, die Goethes Haus gegenüber liegt. Sie selbst hat den Dichter nicht mehr gekannt, da sie erst nach seinem Tode durch ihre Heirat nach Weimar gekommen war; aber sie hat noch viel aus seiner Umgebung gesehen, am häufigsten den Hauslehrer von Goethes Eltern, Rothe, der schon bei Lebzeiten des Dichters in der Manufaktur des Goethehauses gewohnt hatte. Auf die Berichte dieses Hauslehrers stützte sie sich in diesen Erzählungen zuerst.

„Der Tod des alten Dichters“, so berichtete die Greisin, „fandete sich seltsam an. Schon acht Tage zuvor, als Goethe eben erkrankte, hörten die Hausgenossen, daß in einem Nachbarhause Holz gehakt wurde. Sie gingen hin und baten, daß man mit der Arbeit innehalte, der Herr Geheimrat sei krank. Da war der Nachbar sehr erlaut und beschwor, daß in seinem Hause kein Holz gehakt sei. Es war Spuß gewesen. Und in Goethes Haus hörte man immer wieder das Geräusch von Spalten und Sägen, und manchmal war es, wie wenn eine Menge Scheite die Treppe hinunterfällten. Eine zweite Erscheinung war die Musik in den Wänden, wo Goethe lag. Zuerst hörte Fräulein von Bogwitz diese Geistermusik, als sie einmal die Treppe hinaufging; sie fürchtete sich so sehr, daß sie umkehrte und durch einen anderen Ausgang in das Zimmer zu gelangen suchte; aber auch da tönte ihr die Musik entgegen. Nun nahmen auch die anderen Hausbewohner wahr, daß leise Töne in seinen Melodien aus den Wänden quollen. Der alte Dichter aber lag in seinem Betsstuhl und schrieb drei Tage lang immer mit dem Feingefinger in die Luft; was er aber schrieb, konnte niemand erkennen. Und die Vornehmsten der Stadt wachten bei ihm; bald sahen sie in seiner Arbeitsstube neben dem Schlafzimmern, bald oben in der Manufaktur bei Rothe. Als sie in einer Nacht über dem Waschen und Wandern hungrig wurden, fragten sie Rothe, ob er nichts zu essen habe. Zu-

fällig hatte er etwas, denn seine Eltern, die zufällig hinter dem Erntersberge wohnten, hatten ihm eine Schlagschüssel geschickt. Aber Geßlir und Brot mußten sie unten in der Küche holen. Sie nahmen jeder ein brennendes Licht und wollten hinuntergehen; als sie aber im Ganzen waren, erloschen plötzlich die Kerzen, obwohl es nirgends roch. Das war auch ein Vorzeichen des nahenden Todes.“

Nach alten Goethe mußte der Hauslehrer Rothe nur Gutes zu sagen; dagegen beschäftigte sich die Janna viel mit den Liebchatsen August von Goethes und seiner Frau. Wie in der Volksüberlieferung die Geßelnisse umgedeutet werden, zeigt folgender Fall: Eine weimarische Fürstin war vor Jahren im Park mit dem Pferde, das vor einem Bettler saß, gestürzt und an den Folgen dieses Sturzes gestorben. Das ist, wie Bode vermutet, der Ursprung folgender Erzählung, die er von der alten Frau gehört hat: „Der Herzog Karl August hat mit einer Geliebten beim Reiten im Park ein schweres Unglück gehabt. Das Pferd der Dame schaute vor einem Sündensind, der Herzog rief ihr zu, sie solle das Pferd nur trügig antreiben. Sie tat es und Rothe und Metzerin kürzten. Die Dame war sofort tot. Dieser plötzliche Tod der Geliebten ging dem Fürsten sehr zu Herzen, und er sprach zu Goethe: „Höre, du mußt mir ihren Geist beschwören, ich muß mit ihr noch einmal sprechen!“ Goethe wollte sich erst nicht daran wagen, auf

zweigen Unterkunft finden. Die Zigarrenmacher sind vielfach zur Leistung schwerer Arbeit ungeeignet, und ein großer Teil derselben sind Frauen und Mädchen, die an den Wohlstand ihrer Familie gebunden sind. Die ganze Zigarrenindustrie ist mehr als eine andere Industrie ganz außerordentlich dezentralisiert und hat allmählich ihre Betriebsstätten und damit auch eine gewisse Wohnhaftigkeit in die kleinsten Ortschaften getragen. Dort bringen die Mädchen vorzugsweise durch Fabrikarbeit und die Frauen durch Heimarbeit Barwertien in ihre Familie und erhöhen damit deren Lebensunterhaltung, wodurch das Abwandern in die Städte verhindert wird.

Der eintretende Verbrauchsrückgang würde die einzelnen Zweige des Tabakgewerbes nicht gleichmäßig ungünstig beeinflussen. Wie die Wirkung auf dieselben sich im einzelnen gestalten würde, läßt sich nicht voraussagen. Im Jahre 1879 haben sich gewiegte Fachmänner über die Folgen der Steuererhöhung, von welcher sie einen Aufschwung der Kaufkraftindustrie zu Lasten der Zigarrenfabrikation erwarteten, vollständig getäußt. Mit Sicherheit daher kann man heute voraussagen, daß bei der Abnahme in der ganzen Welt durch die Mode begünstigten Zunahme des Zigarettenrauchens der Zigarettenverbrauch auf Kosten der Zigarren einen weiteren gewaltigen Aufschwung nehmen würde.

Deutsches Reich.

Die Freiheit der Verschuldungsgrenze.

Es ist wohl in weiten Kreisen bekannt, daß es in Mecklenburg noch immer eine Menschenklasse gibt, welche tatsächlich als lebende Adscripti, an die Scholle Gebundenen, sich fühlen müssen. Es sind das die Ritterlichen und ritterlich affizierten Bauern. Die Besitzer der paar hundert Bauernstellen, welche im Gebiet der Ritterlichkeit und der Ritterbeherrschung dem ehemals bei den Rändern und Bräutern bestanden, "Bauernlegen" entzogen sind, befinden sich der Zeit, die "aufsteigen" in einer durchaus unrenten Lage. Es ist ihnen nämlich die Befreiung von Kredit und damit eine Besserung ihrer und ihrer Familien Lebenssituation zu erfahren so gut wie unmöglich gemacht, als ihnen die Verschuldbarkeit ihrer Forderungen, also die Aufnahme von Hypotheken auf diese zum Teil ganz, im übrigen aber in beschränkter Maße verboten ist. Seit Jahrzehnten erstrecken diese Bauern auf dem Wege der Forderungen und Eingaben eine Verenderung ihrer Lage. Meist finden bei den Ständen stets nur ein barisches Nein auf alle ihre Klagen. Um das zu verstehen, muß man sich gegenwärtig halten, daß die ganze Frage im Grunde eine solche der Erziehung ist. Die Ritter wollen sich in diesen bäuerlichen Familien billige Arbeitskräfte erhalten. Deshalb wehren sie sich mit Hand und Fuß dagegen, daß ihren Bauern Gelegenheit gegeben werde, durch Beschaffung größerer Mittel den Kindern eine bessere Erziehung und damit die Möglichkeit einer aufsteigenden Lebenssituation zu gewinnen. Nach dem Ritter-Willen soll der ärmste Junge die Bauernkinder erhalten, die anderen aber als Tagelöhner auf dem Gute bleiben. So lange die alten staatlichen Verhältnisse andauern, werden also die Verhältnisse dieser Bauern, wie sie jetzt wieder beunruhigt werden, vererblich und die Leute tatsächlich in einer Art Hörigkeit-Verhältnis bleiben. Die Frage der ritterlich-affizierten und ritterlichen Erbschaft kann nach Lage der Dinge nur mit denjenigen der Verfassungs-Reform gelöst werden!

Die Freisinnige Volkspartei und die preussische Staatsregierung.

Unter diesem Titel ist ein Sonderabdruck der Rede erschienen, die Abg. Fischelich im Abgeordnetenhaus am 16. März 1908 gehalten hat. Die Rede enthält eine Entgegnung auf die maßlosen Angriffe des konservativen Abgeordneten Dr. Hahn auf die Freisinnige Volkspartei und partiell die Angriffe nicht nur sehr geschickt, sondern geht überzuleist wirkungsvoll zur Offensive über und kennzeichnet besonders die Folgen der Schutzpolizei auf den Mittelstand in Stadt und Land, sowie die Schädlichkeit des von den Konservativen bestellten Regiments der Junker und Landfahndenspreu. Weiterhin geht die Rede auf die Kultur- und Wahlrechtsfragen ein und beleuchtet die Stellung,

Drängen des Herzogs aber hat er es doch. Beide gingen nachts in den Park, in das Borkenhaus, und schloßen sich ein. Goethe las lange aus seinem Buche und machte die geheimen Zeichen. Endlich entsand ein Geheime im Park, wie man alle Räume abgenommenen wollten, und eine Leuchte, welche tief verdeckelte Gestalt trat aus den Büumen an die beiden heran. Karl August zitterte und heulte; ob er mit der Gestalt gesprochen hat und was, das weiß man nicht. Goethe aber hatte seine Leuchte, die Gestalt wieder wegzunehmen; er mußte lange stehen, bis er das richtige Wort hatte. Karl August soll nachher gesagt haben: "Einmal einen Geist zitiert und nie wieder!" Frau Roigritter wußte auch, warum Goethe sich mit seiner Christiane Vulpius endlich trauen ließ; das war Kapoleons Werk! "Dieser ließ sich bei Goethe zum Essen anlegen, und als sie aßen, servierte die Christiane. "Wie stehen Sie mit der Dame?" fragte Kapoleon, und Goethe wußte seine Antwort. "Das ist die Frau, wie man sie lieb und erkannte. "Und Sie der Beirat?" "Ja," sagte Kapoleon, und der duldete keinen Widerspruch. Goethe aber hat nichts dergleichen, bis zur Schlafzeit bei Jena. Als man in Weimar die Kanonen in einem fort hüllern hörte, dachte er: "Jetzt kommt Kapoleon, jetzt ist's Zeit." Und er sagte zur Vulpius: "Zieh dich ein hübsches Kleid an!" Sie zog sich an und unterdessen fuhr der Wagen vor. "Wir wollen ausfahren," sagte Goethe. Und als sie in der Aulke hielten, sagte er: "Wir wollen uns trauen lassen." So wurden sie in der Jakobskirche getraut, während draußen die Kanonen donnerten. In Saufe wurde weiter nicht gefeiert. Es war gerade der Hochtag, wo die Schauspieler in Goethes Haus kamen, um ihre Rollen heranzubringen. Sie versammelten sich wie gewöhnlich im Saal, und Christiane ging wie sonst zu ihnen hin und fragte: "Sind ihr alle da?" "Ja, wir sind alle da!" "Ja, dann laßt mich einmal an!" Die Schauspieler saßen sie von oben bis unten an, konnten aber nichts Besonderes wahrnehmen. "Na, denn guck doch ordentlich, könnt ihr denn wirklich keine Veränderung an mir sehen?" Aber keiner konnte was Neues an ihr sehen. "Na, kann man nicht sehen, ich bin heute Frau Geheime Rat von Goethe geworden. Wir haben uns heute trauen lassen." Da war der Jubel groß, denn die Schauspieler hatten die Christiane gern, weil sie sie immer gut traktierte und manchmal für sie Fürsprache einlegte. C. K.

die die Freisinnige Volkspartei zu ihnen einnimmt. Der Sonderabdruck ist zum Preise von 5 Pfennig (von 10 Exemplaren an 2 Pfg.) von der Expedition der "Freisinnigen Zeitung", Berlin SW, Zimmerstraße 8, zu beziehen. Wir empfehlen unseren Freunden im Lande die Anschaffung des kleinen Schriftchens, besonders im Hinblick auf die Wahltagung.

Eine neue Partei

ist in der Bildung begriffen. Wie der "Freis. Jtg." mitgeteilt wird, soll am Donnerstag in verschiedenen Berliner Gattungen ein Aufruf erscheinen, der zur Bildung einer neuen Partei auffordert. Unter den Unterzeichnern befinden sich die Herren von Gerlach und Treitschke. Die Namen kennzeichnen zur Genüge den Geist der neuen Partei-richtung.

Keine neuen Klüster in den Reichsländern.

Die reichsländische Regierung hat, wie aus München gemeldet wird, der beantragten Niederlegung von vier neuen Klüster in den Reichsländern die staatliche Genehmigung verweigert. Zwei der beantragten Niederlegungen waren Französisch-Kongregationen.

Fachauschüsse für lokale Angelegenheiten.

Dem Beispiele der Handelskammern von Hamburg und Bremen sind neuerdings auch die von Berlin, Barmen, Chemnitz, Münster und Wiesbaden gefolgt und haben besondere Fachauschüsse für lokale Angelegenheiten eingerichtet.

Nachtrag zum Journalistenstreik.

Die am Dienstag abend erfolgte Beilegung des Reichs-Journalistenstreiks ist auf das Eingreifen des Reichstagslers zurückzuführen.

Abg. Dr. Müller-Meinungen verendet folgende Mitteilung:

"Das offizielle Communiqué der Reichstags-Journalistenkategorie stellt nach der Aussage des betreffenden Herrn der Presse, der mich unmittelbar vor meiner Rede am Donnerstag ins Büro rufen ließ, fest, daß er von mir die Beilegung des Herrn Gröber erziehen und daß er von der Angehörigkeit eines einzelnen oder der Verallgemeinerung einer Beilegung nicht gesprochen habe. Hier kann nur ein gegenseitiges großes Verständnis die Erklärungen der Differenzen zwischen den Behauptungen dieses Herrn und den in meinem "offenen Briefe" aufgestellten Tatsachen, die ich vollständig aufrecht erhalte, schaffen. Aus dem Wortlaut meiner Erklärung im Plenum des Reichstages geht klar hervor, daß ich die Bitte des betreffenden Journalisten dahin ausgesprochen habe, daß ich gegen die allgemeine Beilegung der Presse durch Herrn Gröber Front machen sollte; ich konnte sie nicht dahin aufstellen, daß ich mich gegen die allgemeine Klage des Präsidenten auszusprechen sollte; denn es ist mir genau bekannt und mußte auch dem Herrn der Presse bekannt sein, daß eine Kritik des Präsidenten dem einzelnen Abgeordneten nicht zusteht. Sollte ich dem Herrn jedoch richtig verstanden, so würde ich dies sofort zum Ausdruck gebracht haben. Ich glaube mich übrigens bestimmt zu erinnern, daß von der Angehörigkeit eines einzelnen die Rede war; dies allein gibt auch die Aufklärung für den Wortlaut meiner Bemerkung im Plenum, die erfolgte auf Grund einer sofort nach der Rede in den Saal erfolgten Bemerkung des Herrn Gröber, welcher die Bemerkung des Herrn Gröber folgte aufeinander das zweite, daß ich an dem, daß der betreffende Journalist die Beilegung Gröbers mit "Sauberge" bereits kannte, als er mich rufen ließ. Wenn das Communiqué meint, ich hätte die Gröber'sche Bemerkung am Schluß des kurzen eiligen Gesprächs wie zufällig hinterlassen, so kann ich nur erklären, daß ich nach gewissenhafter Prüfung glaube, daß sich der Herr in diesem Punkte täuscht. Daß von einer "Denunziation" unter keinen Umständen die Rede sein kann, geht aus der ganzen Situation des Gesprächs, das mir sehr in die Äuere kam, ohne weiteres hervor. Ich bin dankbar, daß dies auch von der offiziellen Vertretung der Presse ausdrücklich festgestellt wurde. Dem ist es aber der Versuch der "Germania", einen Seitenhieb für die Schuld des Herrn Gröber zu finden, genügend geeignet.

Eine Erklärung.

Der Zentralvorstand des Evangelischen Bundes hat am 23. März 1908 in der ersten Sitzung, die er nach der Generalversammlung des Bundes der Landwirte vom 17. Februar 1908 abgehalten hat, sich auch mit den Anträgen des Herrn Dr. Dieckrich Hahn auf den Evangelischen Bund befaßt. Der Direktor des Bundes der Landwirte hat bekanntlich im Zirkus Buchs laut telegraphischem Bericht folgendes gesagt:

"Wir haben einen gewissen moralischen Anspruch auf seine (des Zentrums) Unterthänigkeit und haben diesen Anspruch um so mehr, weil wir niemals an einem Kulturkampf gegen das Zentrum uns beteiligt haben, weil wir stets unsere lieben katholischen Mitbürger in Schutz genommen haben, wenn sie ungebührlich vom Evangelischen Bunde angegriffen wurden, wie wir andererseits natürlich ungebührliche Angriffe von katholischer Seite auf die evangelische Jurisdiktion vermeiden haben."

Es ist höchst charakteristisch, daß diese und ähnliche Ausführungen des Herrn Dr. Dieckrich Hahn von der Zentrumsseite als ein Liebeswerben um Zentrumsstimmen aufgefaßt und spöttlich zurückgewiesen worden sind. Es ist aber zugleich erfreulich, daß man unter Freunden des Bundes der Landwirte diese Worte mit Recht als eine ungebührliche Verletzung weitester Kreise des evangelischen Volkes empfunden hat.

Der Zentralvorstand des Evangelischen Bundes hat nunmehr zu dieser Angelegenheit folgende Erklärung beschlossen:

"Wir weisen im Namen von Hunderttausenden Evangelischer, insbesondere im Namen unserer zahlreichen ländlichen Mitglieder und Freunde die eben ausgesprochenen von verletzenden Unterstellungen des Herrn Dr. Hahn hierdurch entschieden zurück, und wir bedauern, daß Herr Dr. Hahn es nicht vermocht hat, sich bei Vertretung wirtschaftlicher Interessen zum Sprachrohr wichtiger und geselliger ultramontaner Vorurteile zu machen gegen die größte Organisation des deutschen Protestantismus."

Die Gefassen und Verwundeten in Südwesafrika.

In dem Gefecht bei Etal am 16. März gegen Simon Copper sind außer Hauptmann v. Erdert und Leutnant

Eisinger gefallen: Gefreiter Eugen Wandel, früher Dragoner 25, Braunschweig; Gefreiter Ernst Berner, früher Infanterie 146, Braunschweig; Gefreiter Paul Dubau, früher Grenadier 2, Kopschlag; Gefreiter Friedrich Kubista, früher Infanterie 43, Kopschlag; Gefreiter Heinrich Laßke, früher Dragoner 15, Braunschweig; Gefreiter Friedrich Wagt, früher Infanterie 7, Kopschlag; Gefreiter Otto Wosthoff, früher Dragoner 15, Braunschweig; Reiter Bernhard Thimm, früher Grenadier 1, Braunschweig; Gefreiter Friedrich Wiatowski, früher Infanterie 35, Braunschweig; Reiter Gustav Wosthoff, 1. Kompanie.

Den Wunden sind erlegen: am 17. März: Gefreiter Max Zeibig, früher Jäger 13, Kopschlag, 1. Kompanie; am 18. März: Reiter Otto Franz, früher Gardebataillon, Schuß rechte Lunge und Kinn, 16. Kompanie.

Schwer verwundet wurden: Sanitätsunteroffizier Albert Messerschmidt, früher Landwehr-Regiment Berlin 114, Lungenhohle links, Kopschlag; Oberarm links, 7. Kompanie; Sergeant August Schiedat, früher Feld-Artillerie 15, Braunschweig links; Gefreiter Walter Krause, früher Landwehr-Regiment Brandenburg a. H., Knodenschuß linker Oberkeule, Unterarm vier Beinhohle; Reiter Franz Meier, früher Landwehr-Regiment Eilen, Schuß Hohenlauf; Gefreiter Paul Geindring, früher Jäger 33, Streifschuß linkes Knie, Knodenschuß linker Fuß, Kopschlag rechte Schulter; Leutnant Walter von Schirnhauß, früher Infanterie 154, Kopschlag rechte Schulter. Sämtlich 16. Kompanie. Reiter Rudolf Meier, früher Grenadier 1, Schuß Unterkeule, linke Brust; Reiter Rudolf Baumert, früher Premier 5, Unterkeule links. Beide Maschinenengewehr 2.

Leicht verwundet sind: Oberleutnant Guard Frankwald, früher Feldart. 1, Streifschuß rechte Hüfte, 1. Kompanie; Gefreiter Rudolf Alzer, früher Landwehr-Reg. Stettin, Kopschlag rechter Oberkeule, 7. Kompanie; Gefreiter Johann Deitner, früher Landwehr-Reg. Nürnberg, Schuß linker Oberkeule, 16. Kompanie; Gefreiter Ludwig Fischer, früher Regt. Feldartillerie 3, Schuß rechter Oberkeule, 6. Batterie; Gefreiter Otto Hesse, früher Garde-Grenadier 2, Schuß linker Oberarm; Gefreiter Otto Hase, früher Garde-Grenadier 4, Kopschlag rechter Oberkeule; Oberleutnant Paul Keller, früher Grenadier 5, Oberkeule links. Sämtlich Maschinenengewehr 2.

Zur Reichsfinanzreform.

Die "N. N. C." schreibt: "Von der Gestalt der kommenden Reichsfinanzreform scheint man an den Stellen, die die nächsten dazu sind, sich bislang noch kein genaues Bild zu machen. Daß in erster Reihe an eine Reicherbschaftsteuer gedacht wird, darf nach unserer Kenntnis der Dinge wohl als sicher gelten und man kann nur hoffen, daß die Widerstände, die einer solchen Steuer noch immer in Reichstage leben, bis zum Herbst überwunden sein mögen. Der Reicherbschaftsteuer, die nach Schätzung erfahrener Praktiker 80 Millionen Ertragnis bringen würde — manche schätzen die Ertragnisse sogar noch höher, andere allerdings wieder nur 40 Millionen — würde sich dann eine Reform der Branntweinsteuer erübrigen, deren Aufkommen man vielleicht auf 70 Millionen ansetzen darf. Aber auch eine Reicherbschaftsteuer, die Herr v. Rheinbaben noch vor einiger Zeit mit dem ihm eigenen Elan abwieß, wird jetzt wohl ernstlich in Erwägung gezogen. Sie dürfte dazu bestimmt sein, an die Stelle des Anwaltsfonds zu treten, sobald dieser vollends erschöpft ist. Vermutlich soll diese Reicherbschaftsteuer dann so gestaltet werden, daß sie von einer gewissen Grenze ab das Einkommen der vom Militär befreiten bis zum 45. Lebensjahre herangezogen wird. Die "armen Krüppel" werden jedenfalls nicht zu ernsthaft an — Es man in diesem Zusammenhang noch ernsthaft an die Reicherbschaftsteuer des Reiches denkt, vermögen wir nicht zu sagen. Die Aussichten wären bei der damaligen Stimmung im Reichstage freilich recht gering. Aber wie gesagt: das alles sind nur vorläufige und unverbürgliche Vermutungen. Ein irgenwie fest unrisserer Plan besteht sicher noch nicht. Nur soviel ist gewiß, daß diesmal die verbundenen Reicherbschaftssteuer auch mit einem Mantelgesetz kommen werden. Daß sie vielmehr froh sein werden, wenn sich aus den am wenigsten umstrittenen Steuerquellen soviel zusammenheben läßt, daß der dringende Bedarf des Reiches befriedigt werden kann. Auch das wird schon schwer genug halten."

Rede des Abgeordneten D. Naumann zum Etat des Reichstagslers.

Nachdem von der Verarmung der Reichstagsjournalisten die Sprache über die Verhandlungen des Reichstages aufgehoben worden ist, sind wir heute in der Lage, an der Hand des amtlichen Stenogramms die Rede zu hören, die der Abg. D. Naumann am Dienstag zum Etat des Reichstagslers, innere Politik, gehalten hat. Die Rede bietet mancherlei bemerkenswerte Momente zur Beurteilung der inneren Lage und zur Haltung der freisinnigen Parteien.

Naumann begann mit einer Schilderung der großen Verwaltungsbefugnisse des deutschen Reichstagslers. Der alte römische Grundsatz: "prætor non curat minima" (siehe sich die häufig in die Praxis um: "non curat minima", wenn es einmal einen einzelnen armen Kerl schlecht geht.

Was ist es ein Ausländer, wenn er nach Deutschland kommt? Unter Umständen nogetref, der Verarmungspraxis willkürlich in die Hand gegeben. Naumann forderte ein Fremdenrecht für Deutschland, das nach dem Grundsatz beschaffen ist: "Wir behandeln unsere Fremden so, wie wir selbst behandelt sein wollen, wenn wir draußen in der Fremde sind." Auf der anderen Seite verlangte er, daß der Reichstag kein Recht für die Reichstagsler in ihrer Staatsangehörigkeit: "Nationalität, sondern besteht doch wahrhaftig nicht nur in Vanzepreisen, sondern muß auch innen zu sein in der Lebensbedeutung des Reichstagslers, die Beschäftigung mit der Rechte der Beamten ist nicht mit Wärme ein. Er begründete die Resolution: "Hormann usw. und führte dieselbe ab:

Was haben wir heute? Wir haben ein allgemeines Recht, daß jeder zur Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage sich mit anderen zusammen tun kann. ... Wohin wir gehen: ein ganzes Netz von lauter erwerbenden und aufwärts strebenden Organisationen und inmitten dieser Welt von lauter aufwärts strebenden Verbänden wird der Beamtenstand die Hand gefesselt: entweder soll er überhaupt nicht verbunden werden können, oder wenn sie sich verbinden lohnt, so läßt sich es nur unter besonderen Kautelen. ... Und nun kommt der Beamte und petitioniert und geht zum Herrn Staatssekretär oder seinem Vertreter, und der ist gerade an diesem Tage etwas schwerhörig; dann geht er weiter zu irgend einem Abgeordneten, dann aber wird ihm klar gemacht, schon das Gehe über die Linie hinaus, die der Beamte nicht eingezogen habe. (Sehr richtig links.) Denn der Beamte ist

von angebotener Beschaffenheit und Demut.* (Sehr gut links und Reiterzeit.)
Raumann ging mit Schärfe auf den Fall Schellenberg ein: Die Behandlungsweise dieses Falles, "widersteht dem elementarsten Rechte des deutschen Staatsbürgers". (Lebhaft Zustimmung links, Widerspruch und Anrufe rechts):

"Es handelt sich um die Ausübung des deutschen Normalrechts, des deutschen Reichsstaatsrechts... Wenn nicht einmal ein geheimes Wahlrecht haben, hat niemand, auch nicht ein Staatsbürger der Vollverwaltung, etwas danach zu fragen, was irgend jemand im deutschen Volke dieses Recht ausüben hat oder ausüben gedenkt." (Bravo links, Widerspruch rechts.)

Raumann erklärte unter lautem Widerspruch die Rechte, daß Kräfte die Beamten in ihrem Staatsbürgerrecht schuldig löse, und appellierte an den obersten Beamten des Reiches, ob er das Wahlrecht der Beamten für laienfähig erklären und halten wolle. Er verlangt ferner öffentliche Maßnahmen und Vollstreckung, die Neueinführung der Reichstagswahlrechte und das Reichstagswahlrecht für die Bundesstaaten, insbesondere für Preußen:

"Wenn jemand von uns deutschen Bürgern nach Preußen herüberkommt, ist er dort Mensch dritter Klasse (Laden rechts)... Wir haben eine Volksschicht von mehr als 100 Millionen, in der 7. Bundesrepublik sind und kein einziger Arbeiter (Laden rechts, sehr links), wir haben eine Volksschicht in Preußen, die durchaus keine Beteiligung des Volkes in seiner Regierung und Verfassung ist, sondern die ein absolut einseitiges Bild bietet, eine Klassenvertretung auf Grund des ausgefallenen und raffinierten Dreiklassenwahlrechts (Widerspruch und Lachen rechts). Dieses preussische Wahlrecht ist eine Verletzung des deutschen Reichsempfandes bei allen denen, die darunter zu leiden haben, und es müßte jeder deutsche Reichstagsmitglied diesem Wahlrecht gegenüber die deutsche Reichsbürgerrechte in die Höhe halten."

Unter fortgesetzten Zwischenrufen der Rechten setzte Raumann diese Gedankengänge weiter fort, er spielte Kant gegen den Kaiser und die Rechte aus und sprach dann von "Hilfand, der in seiner von dem 'Tropfen demokratischen Oels', die Bilanz zittert habe, zugleich die Maßbarkeit des deutschen Reiches empfinden habe. (Große Heiterkeit.) Der Tropfen demokratischen Oels solle darin bestehen, daß nicht der Erbkaiser, sondern der Wahlkaiser über Deutschland leuchten solle. (Stürmische Heiterkeit.) Raumann polemisierte gegen Wilhoms Erklärung vom 10. Januar: "Der Sündenbock begreift nicht, was man denn in Preußen für ein außerordentliches Staatswohl habe (Heiterkeit), daß das Recht nicht verträglich, mit dem wir im Süden machen und geben." An den im Landtag verhandelten Fragen — Raumann verwies nachdrücklich auf die Schulfragen und auf die Staatsbetriebe — hat das Volk ein lebhaftes Interesse. Raumann führte aus, daß die Beschlüsse über diese Dinge von lauter Reuten gefaßt würden, die vom Arbeiterstand persönlich keinerlei Erfahrungen haben:

"Man sagt ja wohl, die Leute können doch jetzt schon wählen! Warum wählen sie so wenig? (Lachen rechts; weit sie zurechtfinden links.) Jawohl, weil sie zurechtfinden müssen. (Große Heiterkeit.) Und mit solcher Zurechtfindung wird bis jetzt eine öffentliche Wahl gemacht, nach jenem Abstimmungsrecht, das wir in Preußen haben, nach dem der freie Mann frei wählen kann und nach dem der gebundene Mann gebunden wählen muß. Und diesen ganzen Zustand vertritt und verteidigt im Zeitalter der Volkspolitik (Große Unruhe und Jubel) der gegenwärtige Herr Reichstagskanzler. — Das ist es, was in unseren liberalen Kreisen die Gemüter auf das tiefste erregt und bewegt... Dieser 10. Januar steht zwischen dem Vertrauen, das von uns gefordert wird und das notwendig ist für den Herrn Reichstagskanzler."

Mit einem Zitat von Uhlend schließt Raumann unter lebhaftem Beifall links.

Ueber die Volkspolitik

Wahrscheinlich dieser Tage in Danzig der freimüthige Abgeordnete Dr. Wachnide. Wir entnehmen seinen Ausführungen folgende Stellen:

Volkspolitik bedeutet, so führte er aus, eine Aufforderung an das liberale Bürgertum zur Mitarbeit an der Volkshaltung. Zu dieser Mitarbeit war, ist und bleibt der Freiheit in den Grenzen bereit, die ihm durch seine Grundrechte gegeben sind. Mitarbeit gewährt Einfluß. So der Willensschwäche darauf verzichten, Einfluß auszuüben? Sachliche Beweggründe werden es, die uns bisher geleitet haben. Sachliche Beweggründe werden uns auch künftig leiten. Unter dieser Voraussetzung ist die Volkspolitik ein Unternehmen ohne Risiko. Wir können dabei nur gewinnen. Verluste drohen erst, wenn der Schein verbreitet wird, als gäbe wir Prinzipien preis, und wenn dadurch die Wählerhoffnung abgemindert gemacht, das Vertrauen zu den liberalen Abgeordneten untergraben wird. Schreiben sozialdemokratische Gegner über Verfall, so will das wenig bedeuten. Diese Leute schreiben immer; ihnen machen wir es niemals recht. Anders aber liegt die Sache, wenn bezahlte Verdächtigungen von den eigenen Parteigenossen erhoben werden, zumal von Persönlichkeiten in verantwortlicher Parteistellung. Selbstverständlich haben auch sie die Freiheit der Kritik, aber die Freiheit des Schimpfens haben sie nicht. Kommt es zu moralischer Verzerrung, "moralischer" Verzerrung, so "Grundlagen", "Einfunden" von Dingen" müssen zurückgewiesen werden, das war ein Gebot der Selbstachtung und lag zugleich im Interesse der Partei. Wie soll eine Partei abgeben, wenn sie von ihren eigenen Anhängern in dieser Weise herabgewürdigt wird? Das konnte sich die Landtagsfraktion der Preussischen Partei nicht leisten. Eine energische Abwehr mußte erfolgen, und nur der Austritt der beiden beteiligten Herren aus dem gefaßten führenden Ausschuss des Wahlvereins der Liberalen hat uns dort einer noch größeren Kritik bewahrt, die vom Standpunkt der Partei mit sehr hoch bemerkerter Fraktionsgemeinschaft und mit Rücksicht auf die preussische Landtagswahl sehr unerwünscht gewesen wäre.

Ueber das Vereinsgesetz äußerte Wachnide: "Die Vorteile, die uns durch dieses Gesetz geboten werden, sind sehr groß. Ihre Sicherstellung wäre ein entscheidender Gewinn für Norddeutschland, und für den Süden mindestens kein Schaden. Abminderung hieser, der Vorteile verliert gehen und die Rechte der Polen, die das Gesetz des Gesetzes schärfen wollen, noch verschärfen. Denn gegen ein Reichsvereinsgesetz könnte Preußen nie dieher das ganze Vereins- und Verfallungsrecht regeln, mit dem Gesetz dagegen schließt das Wenige, was ihm das Reich

zu regeln übrig läßt. Indem wir das Kompromiß akzeptieren, bewegen wir uns genau auf der von uns bereits in erster Sitzung bezeichneten Linie. Schon am 10. Dezember 1907 habe ich in Reichstagsversammlung öffentlich ausgeführt: 'Distubel ist für uns nur ein Gesichtspunkt, die Ueberwachungsmaßnahme ist. Man kann ja verschiedene Ansichten darüber hegen, ob es nötig ist, anzugehen oder überlassen zu lassen. Dieser Gesichtspunkt geht nun aber von dem Recht der Ueberwachung aus, und die Konsequenz kann nur darin bestehen, daß Beamte zur Hand sein müssen, welche fremde Sprachen verstehen, und daß, wenn solche nicht zur Hand sind, man die Möglichkeit geben muß, sie herbeizuführen.' Dafür genügt bereits die Veränderung der Anzeigefrist auf 45 Stunden, meinetwegen auf drei Tage. Dann hat man Zeit genug, sich Beamte kommen zu lassen. Es gibt auch einen zweiten Ausweg, für welchen ein Analogon bereits im § 5 des eisenlothringer Vereinsgesetzes vom Jahre 1905 vorliegt. Dort finden Sie, daß im französischen Sprachgebiet der Mißbrauch der fremden Sprache zulässig ist. Wenn Sie in Uebereinstimmung beschließen, daß in gemischtsprachigen Bezirken eine fremde Sprache zulässig ist, so haben Sie damit genug getan; denn dort haben Sie genug Beamte, die polnisch sprechen können. Diese Wahrnehmung des Verwaltungsinteresses sonderbare ist. In dieser Begegnung sind wir zu einem Entgegenkommen bereit."

Wen in einem Anfall kann also keine Rede sein. Ebenso wenig in einem Tauchgeschäft, das zwischen Vereinsgesetz und Bürgergesetz getrieben wäre. Wir haben jedes der beiden Gesetze für sich allein behandelt, bei beiden uns nur durch die in der Sache selbst liegenden Gründe bestimmen lassen. Diese Gründe sind auch bei dem Vorfalle derart schwerwiegend, daß sie die Mehrheit des Reichstages überzeugen werden, und so dürfen wir auch hier auf ein Gelingen rechnen.

Ausland.

Die Begegnung in Venedig.

Die "Penserenza" in Mailand schreibt über die Zusammenkunft in Venedig, diese habe keinen politischen Zweck, und könne auch keinen haben, da keine Fragen bezüglich des Dreieundes, Deutschlands und Italiens vorliegen, die einen Gebanten austausch der beiden Souveräne nötig machen. Die Beziehungen Deutschlands und Italiens seien niemals so intim und herzlich, wie der Dreieund niemals so fest gewesen wie heute. Besonders nachdem in Venedig und auf dem Semmering zwischen Italien und Oesterreich ein geschäftliches Vertrauensverhältnis hergestellt worden sei. Italien, schreibt die "Penserenza", ist stolz, den treuen Freund und Verbündeten seines Königs zu bewillkommen und wünscht, daß das Band, welches beide Dynastien und Völker einigt, aus der heutigen Zusammenkunft, wenn dies überaupt noch möglich sei, neue Kraft gewinne.

Das Echo der Wilnoerrede.

Auch die französischen Abendblätter heben aus den Reden des Fürsten Wilno und des Herrn von Schoen hauptsächlich die auf Maroffo bezüglichen Stellen hervor. "Temps" findet die Erklärungen in ihrer Gesamtheit befriedigend. Es hebe nunmehr fest, daß man in Berlin dem Geist der Gemüthsheiligkeit und Redlichkeit, mit welchem Frankreich in Maroffo vorgegangen sei, Gerechtigkeit widerfahren lasse. Man beurteile die maroffianischen Angelegenheiten in Berlin hauptsächlich mit Rücksicht, doch muß dabei nicht vergessen werden, daß Wilno nicht alles getan habe, um die Gemüthsheiligkeit herbeizuführen, indem er wieder tiefe Abgründe nach seine Handlungen verthäte. Wenn diese Methode immer befolgt werden würde, hätte sich Frankreich vielleicht manche Schwierigkeiten erspart. Das "Journal des Debats" meint, die Reden des Fürsten Wilno und des Herrn v. Schoen über Maroffo zeigen, daß sich keinerlei Veränderung im Wesen der deutschen Politik Frankreich gegenüber vollzogen habe, aber immerhin liege einige Besserungen in der Form eingetreten. Die "Liberte" stellt den Bericht Doumiers den Ausführungen des Fürsten Wilno und des Staatssekretärs v. Schoen entgegen und sagt: Auf französischer Seite bestimmte Thaten, welche den selbstlosen Charakter und zugleich das günstige Ergebnis bezeugen, auf deutscher Seite ungeheure Auslegungen; mit der Zustimmung wird gefestigt und die Genugthuung, kaum daß sie gegeben, wieder zurückgenommen.

Provinzialnachrichten.

† Mainz (Kr. Merl.), 26. März. (Braunkohlenzweck.) Das Projekt, eine Braunkohlengrube in hiesiger Gemarkung anzulegen, nimmt greifbare Gestalt an. Der neue Vertrag des Kontrahats mit den hiesigen Feldbesitzern, gewesener Ankauf des Aders ist durchwegs zustande gekommen. Jetzt sind von dem Kontrahats Schritte getan, um den über 100 Morgen umfassenen Pfarrer ebenfalls zu erwerben. Nach dem Ergebnis in der Döllinger Feldmark, wo die Verwertung der Grube Herminie Hertritte des Pfarrers zum Kohlenabbau eingetauscht hat, dürfte auch hier die zuständige Behörde die Genehmigung zum Verkauf erteilen.

† Burgliebenau, 26. März. (Solangeeigerung.) Unter dem Vorhabe des Herrn Forstmeisters Westermeyer-Schubert fand am Montag im Gasthose des Herrn Jenkisch hier die Versteigerung der im Schutzhof Burgliebenau gelegenen Hölzer statt. Zum Verkauf kamen 514 Eichen I/V. Klasse mit 415 fm, darunter 95 über 50 bis 82 em Durchmesser, 227 Eichen und Nistern u. s. f. Zahlreiche Vertreter der Holzbranche waren erschienen, so daß sich bald ein lebhaftes Geschäft entwickelte. Die durchschnittliche Tare wurde bei Eichen und Nistern von 32 M. pro fm) und Eichen (30 M.) über um 50, logar 75 und 100 Prozent überboten. Auch beim Brennholzaufgab gab es zahlreiche Kaufzuläge, so daß auch hier die Tare meist überschritten wurde.

† Sittgenbach, 25. März. (Wieder die Schutzwaße.) Am vergangenen Sonntag handierte der noch jugendliche Diener der Domäne Sittgenbach mit einem geladenen Revolver. Er schoß nach einer Türe, traf aber die Steinwand. Das Geschöß schlug zurück und drang in den Hals seines Bruders ein und blieb hängen. Der Schwerverletzte mußte sofort nach Eisenberg in ärztliche Behandlung gebracht werden.

† Ampfuth (Obersachsen), 24. März. (In Trauer um die Tochter.) Kürzlich wurde von hier berichtet, daß die ehegatte Tochter hiesiger angelegener Eltern mittels Dofol verstorben. Aus Nummer über dieses Unglück hat nun auch die behauerte Mutter in ihrer Verzweiflung Hand an sich gelegt und ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

** Nordhausen, 25. März. (Höhere Tilgungsquote.) Die Stadtverordneten beschließen auf Antrag des Magistrats, die Tilgungsquote für die neue Anleihe von 8300000 Mark von ursprünglich 1,25 Prozent auf 1,45 Prozent abzumindern, da der Bezirksausschuß Besenken getragen hatte, die Anleihe mit der zuerst festgesetzten Tilgungsquote beim Ministerium zu bewilligen. Die Erhöhung der Tilgungsquote erhöht den Betrag für Verzinsung und Tilgung der neuen Anleihe um 7600 Mark.

(Aus dem Saaz, 25. März. (Kaufhauskauf.) Herr Ferdinand Kobl, früherer Restaurateur vom Etablissement zur Kettehonne in Merseburg, kaufte in der Zwangsversteigerung des Kurbaus in Wildemann im Oberhartz für 110000 M. Das Objekt besteht aus drei Etablissements mit über 60 Zimmern, Saal, Restaurationsräume, Speisezimmer, Veranda und Stallungen. Die Versteigerung ist umgeben von einem drei Morgen großen Park. Nachfolgende Hypotheken von 37000 Mark fielen aus. Die Uebernahme erfolgt am 30. März.

† Helmstedt, 24. März. (Verfalltag nach dem Genuskauf.) Heute vormittag erlitt der Spektionsgeschäft Paul Zauder hierelbst beim Frühstück auf dem hiesigen Bahnhof nach dem Genusse von kaltem Wasser einen Herzschlag und war todt.

† Elbingerode, 24. März. (Gewerbliche Fortbildungsschule.) Unsere städtischen Kollegien beschließen einstimmig die Einrichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule. Ihr Besuch soll auch Lehrlingen aus Nachbarorten, wie Kübeland, Rothefelde und Königshof gestattet sein. Der Unterricht wird nach Ostern beginnen.

† Schmeefeld, 25. März. (Dampfdruckoffenheit.) Da auch hier die Not an landwirtschaftlichen Arbeitern von Jahr zu Jahr immer größer wird, tragen sich die Landwirte des Wiptrates mit der Absicht, eine Dampfdruckgenossenschaft ins Leben zu rufen. In der letzten Jahresversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins wurde nun beschließen, endgültig an die Gründung der Genossenschaft heranzutreten.

† Röhren, 23. März. (Die Stadt in Finsternis.) Die Straßenlaternen brannten infolge des Rostes mit dem elektrischen Netz vorgeraten nicht mehr, da eine Einigung mit der Stadtverwaltung nicht herbeigeführt worden ist. Ein Schiedsgericht oder ein vom Landgerichtspräsidenten zu Halle zu ernennender Obmann wird schließlich ein Urteil fällen. In der Zentrale soll benachdigt eine 140pferdige Maschine mit Antriebssteuerung aufgestellt werden.

† Wittenberg, 26. März. (Sturz in den Brunnen.) Gestern führte beim Spielen auf dem hohen Wittenbergsberg der 12jährige Sohn des Brauereibesizers Haber in einen 40 Meter tiefen Steinbruch, wo er mit jershmertem Kopf todt liegen blieb.

† Dessau, 24. März. (Wegen Blutschande) ist gestern der Arbeiter St. von hier selbstenommen worden. Er hat mit seiner jetzt 20 Jahre alten Tochter mehrere Jahre hindurch in verbotenen Verkehr gestanden.

† Jena, 24. März. (Auch der Lichtenhainer Weintourer.) Die alte thüringische Weinstadt ist beständig von einem Krane fremdlicher "Bierdörfer" umgeben, in denen ein nach besonderem Rezept gebrautes Weibier als "Nationalgetränk" verpackt wird. Gemeinhin unter dem Namen "Lichtenhainer" bekannt, besitzen auch die Dörfer Auerbach, Mühlthum und Ziegenhain eigene Weibierbrauereien, die namentlich in der heißen Jahreszeit für die durstigen Reiben der Weinstämme und der Bierpfähle nicht genug "Stoff" liefern können. Ueber die Güte dieses Getränkes, das in "Spritzkannen" und Holzstangen zum Auslaß gebracht wird, gibt es unter den Konsumenten nur eine Meinung: Vorzüglich! Höchstens die Zurechtsetzung macht eine Ausnahme. Auch der Preis ist für die gewöhnlichen Bierverhältnisse unerhörte billig; ein Liter kostet je nach der Auswahl der Lokaltitäten 20 und 15 Pfennige, geht aber in Ziegenhain bis auf 12 Pfennige herunter, und die Zeiten sind noch gar nicht fern, wo man im Schatten des Fuchsturms keinen Liter köstliches Weibier für 10 Pfennig erhalten konnte. Mit dieser Wohlthat ist es freilich vornehm — und nachdem die Weibierbrauer einmal auf der tiefsten Ebene angelangt sind, geht es unaufhaltsam weiter hinab. Nachdem alles treuer geworden ist, soll auch in Ziegenhain der Verzerrer auf 15 Pf. pro Liter erhöht werden. Ob die Maßnahme zuzugewinnen oder nur ein leichtfertiges Biergenie beantwortet werden wird, steht noch dahin. Jedenfalls wird Ziegenhain seinen Ruf durch das Weibier und durch die aus dem Holz der Herliche (Kornelrinde) gefertigten fetten Jogen. "Ziegenhainer" Spagierbier behalten.

† Leipzig, 25. März. (Ein weiblicher Droßentlicher.) Die Frau eines Droßentfuchters namens Stadtmeyer führt selbständig die Droßnummer 29. Sie trägt hierbei ein neues uniformartiges Kostüm und eine Turmhaube.

† Burgstedt (b. Chemnitz), 25. März. (Durchgebrannt.) Der jetzt einigen Jahren hier wohnhafte Rechtsanwält S. aus Sanda im Eggberg ist nach Untersuchung von über 20000 Mark Konkursgelder fähig geworden. Die Staatsanwaltschaft hat hinter ihm einen Steckbrief erlassen.

Denkschrift. Dem Intendanturrat und Beirat a. D. Geheimen Ratur Schneider-Wagdeburg wurde der Rote Adlerorden 3. Kl. mit der Schleife verliehen. — Major St. u. e. im Fußart. Regt. Ende Nr. 4 wurde die Erlaubnis erteilt, den Königl. Bayerischen Militärverdienstorden 4. Kl. mit der Krone anzulegen.

Briefkasten der Saalezeitung.
(Eder Anfrage ist die Abnommenkontung betragend.)
S. D. M. 249. Wir werden Ihrem Wunsch gern entsprechen.

Beitrag: Otto Sonne.
Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wismann, für das Katteler: Otto Sonne; für den lokalen Teil: für Provinzialnachrichten, Bericht und Sport: Eugen Brilmann; für Feuilletons: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Fritz Hanj; für den Inzeratenteil: Max Knefelde. Druck und Verlag von Otto Hensel. Sämtlich in Halle a. S.
— Diese Nummer umfasst 12 Seiten —

Gestrickt
Karrierte
Moire
Armure
Selbstabstrahant
Hennoberg
Zürich

